

Die Briten verlassen die EU

Am Mittwoch war es soweit und das Austrittschreiben mit dem Trennungsgesuch nach Artikel 50 des EU-Vertrages wurde am in Brüssel übergeben. Nun beginnt die zweijährige Verhandlungszeit zwischen Großbritannien und der EU, die voraussichtlich im März 2019 mit dem Austritt Großbritanniens endet. Am 29. April sollen auf einem Sondergipfel der 27 europäischen Staats- und Regierungschefs Leitlinien beschlossen werden, auf dessen Basis die EU-Kommission den offiziellen Auftrag für das Verhandlungsteam vorgibt.

Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte gegenüber dem Sender BBC, dass man nun ausrechnen müsse, wozu sich die Briten finanziell verpflichtet hätten und dies dann in Rechnung stelle. Er geht momentan von 60 Milliarden Euro aus. Der britische Brexit Minister David Davies wies diese Forderungen zurück. Er habe bisher keine Erläuterungen bekommen, wie sich diese Summe zusammensetzt und geht von einer deutlich niedrigeren Summe aus. Der ehemalige Vorsitzende der Conservative Party, Iain Duncan Smith, zu der auch die Premierministerin Theresa May gehört, lies sich zu der Aussage hinreißen, dass vielleicht am Ende die EU sogar noch Großbritannien Geld schulde. Bei den Forderungen der EU geht es vor allem um zwei Posten. Zum einen sind da Mittel die die EU in den vergangenen Jahren für Projekte zugesagt hat und zum anderen geht es um Pensionen für die EU-Beamten. Doch warum muss Großbritannien für zugesagte Projekte der EU bezahlen? Die EU verabschiedet jedes Jahr zwei Haushalte, einmal die Zahlungsermächtigung und einmal Verpflichtungsermächtigung. Bei der Verpflichtungsermächtigung handelt es sich um Zusagen für teilweise später anfallende Ausgaben und bei diesen hat Großbritannien immer zugestimmt, berichtet die FAZ.

In einem internen Papier für den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble heißt es, dass die kurze Frist und die Verhandlungsstrategie der EU-Kommission, zuerst den Austritt zu regeln und sich dann um künftige Beziehungen zu kümmern, im Finanzmarktbereich erhebliche Absturzrisiken bergen, so die FAZ. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, fordert „maximale Schadenbegrenzung“ und eine schnelle Klärung der langfristigen wirtschaftlichen Beziehungen. Wie wichtig der britische Markt ist zeigt sich an dem Beispiel der Autoindustrie. 2016 wurden 20 Prozent des gesamten Auto-Exports nach Großbritannien ausgeführt. Hans-Walter Peters vom Bundesverband deutscher Banken hält es für unwahrscheinlich, dass in den kommenden zwei Jahren neben den Austrittsabkommen auch ein umfassendes Wirtschaftsabkommen geschlossen werden kann, das den gegenseitigen Marktzugang regelt und geht somit von einem harten Brexit aus.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

RUB

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
27. März bis 02. April*

Spanien blickt zuversichtlich in Zukunft

Dienstag, 28. März – Der spanische Wirtschaftsminister Luis de Guindos ist zuversichtlich beim Blick auf die Konjunktur-entwicklung. In den nächsten zwei bis vier Jahren soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) jeweils um mehr als 2,5 Prozent wachsen. Für das aktuelle Jahr bleibe man noch bei der offiziellen Schätzung von 2,5 Prozent, erwarte jedoch deutlich mehr, so Luis de Guindos. Im vergangenen Jahr ist das BIP um 3,2 Prozent gewachsen. Die Arbeitslosenquote soll nach Prognosen in diesem Jahr unter die Marke von 17 Prozent fallen. Ende 2016 lag die Arbeitslosenquote bei 18,6 Prozent und war die zweithöchste im Euro-Raum, berichtet Reuters.

Inflationsrate im März fällt

Donnerstag, 30. März – Die Inflationsrate in Deutschland ist im März gesunken. Im Februar lag die Inflationsrate noch bei 2,2 Prozent, im März lag sie bei 1,6 Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Ökonomen waren bis dato von einem Rückgang auf 1,9 Prozent ausgegangen. Als Grund für den Rückgang wird der gefallene Ölpreis angeführt. Im Vergleich zum März des Vorjahres liegt dieser nur noch 5,1 Prozent höher, während im Februar noch ein Plus von 7,2 Prozent vorlag. Für den Chefvolkswirt von der ING-DiBa, Carten Brzeski, sorgt dies für eine Druckabnahme von der EZB, nachdem vermehrt Zinsschritte gefordert wurden, so die FAZ.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
13. Kalenderwoche



Am Freitag bekräftigt der EU-Ratspräsident Donald Tusk erst den Austritt zu vollziehen, bevor man über mögliche Freihandelsabkommen spricht und wies damit die Forderungen der britischen Premierministerin Theresa May - beides zusammen zu verhandeln - zurück. In den Entwürfen für die Leitlinien der 27 EU-Staaten heißt es, dass man nur unter substantiellen Fortschritten bei den Austrittsgesprächen bereit sei über künftige Freihandelsabkommen zu sprechen. Im ersten Schritt sei es nötig eine „größtmögliche Klarheit und Rechtssicherheit für Bürger, Unternehmen, Betroffene und internationale Partner bei den unmittelbaren Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Union“ zu erzielen.

Hintergrund: EU-Austritt Großbritanniens

>>[FAZ: Brüssel schickt eine Rechnung über 60 Milliarden Euro](#)

>>[FAZ: Tusk stellt sich gegen Theresa MAY](#)

Arbeitslosenquote sinkt

Freitag, 31. März - Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist im März um 0,3 Prozentpunkte auf 6,0 Prozent gefallen. Die Anzahl der Arbeitslosen Menschen in Deutschland betrug somit im März nur noch 2,622 Millionen. Im Vergleich zum Februar sind 100.000 Menschen weniger auf Arbeitssuche und 183.000 weniger als vor einem Jahr. Da die Arbeitslosenquote jahreszeitlichen Schwankungen unterliegt wird auch eine saisonbereinigte Quote ermittelt, diese lag bei 5,8 Prozent und bedeutet im Monatsvergleich einen Rückgang von 30.000 Arbeitssuchenden. Experten sind von einem Rückgang in Höhe von 10.000 ausgegangen. Jedoch erfasst die offizielle Statistik nicht alle Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Arbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen sowie arbeitsunfähig Erkrankte werden nicht mitgerechnet. Wenn man diese Mitberücksichtigt waren im März 3,688 Millionen Menschen ohne Arbeit. Der neue Vorstandschef des Bundesamtes für Arbeit, Detlef Scheele, sagte auf der Pressekonferenz: „Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin günstig“, so berichtet Spiegel Online.

Zahl der Woche:

2,14 Billionen

Euro betragen die deutschen Staatsschulden Ende 2016. Sie verringerten sich insgesamt 18 Milliarden Euro. *Reuters*